

Wahlprüfsteine – Antworten der Partei Die Linke Landtagsfraktion BW

1. Struktursicherung

Wie sollen in Zukunft die landesweiten Strukturen der kulturellen Bildung entwickelt und gesichert werden? Was planen Sie, um den finanziellen Mehrbedarfen (durch Preissteigerungen der letzten Jahre) bei den landesweiten Strukturen zu begegnen?

Wir fordern eine Abkehr von der reinen Projektlogik hin zu einer nachhaltigen, unbürokratischen und autonomen Kulturförderung, die Planungssicherheit bietet. Um finanziellen Mehrbedarfen und Preissteigerungen gerecht zu werden, setzen wir uns für höhere Landesmittel für Kultur in den Kommunen allgemein ein. Wir fordern zudem die Beendigung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern, um Bildung und Kultur als Gemeinschaftsaufgabe dauerhaft und verlässlich finanzieren zu können. Ein zentraler Baustein ist die Einrichtung eines eigenständigen Bundeskulturministeriums, um die Belange der Kultur wirksamer zu vertreten.

Wie wird in ihren Überlegungen die Förderung kleinerer Verbands-strukturen, die nicht über viele Mitglieder finanziert werden können (z.B. Bödeckerkreis, Jugendzirkusse, Jugendpresse, etc.) mitgedacht?

Kulturförderung muss an soziale Standards geknüpft werden. Wir fordern eine faire Entlohnung, die sich bei Festangestellten an den Tariflöhnen (TVöD) und bei Honorarverträgen an branchenspezifischen Honoraruntergrenzen orientiert. Wir unterstützen die Bereitstellung von weiteren Geldern zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum.

Neben der Institutionellen Förderung werden einige Träger auch mit Festbetragszuschüssen zu Bildungsreferent*innen Stellen gefördert: Wie stellen Sie sicher, dass der Festbetragszuschuss sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert? Wie stellen Sie sicher, dass alle Träger, die ein Bildungsreferent*innen-Stelle benötigen, auch eine Stelle gefördert bekommen?

Wir setzen uns für das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ein. Förderungen müssen an die Tarifentwicklung (TV-L/TVöD) gekoppelt sein. Festbetragszuschüsse müssen so bemessen sein, dass eine Eingruppierung nach Tarif möglich ist, ohne dass der Träger in ein Defizit läuft. Prekäre Beschäftigung durch unterfinanzierte Stellen muss beendet werden.

Welche Ausbaubedarfe sehen Sie bei den außerschulischen Akteur*innen der kulturellen Bildung auf Landesebene?

Die Linke Baden-Württemberg sieht erheblichen finanziellen und strukturellen Ausbaubedarf bei den außerschulischen Akteur*innen der kulturellen Bildung, um eine „Kultur für alle“ dauerhaft zu verwirklichen. Zentrales Ziel ist die Abkehr von der reinen Projektförderung hin zu einer nachhaltigen, unbürokratischen Basisfinanzierung, die Planungssicherheit schafft. Dafür wollen wir Kulturförderung als gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen verankern.

Notwendig sind zudem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, tarifierende Bezahlung sowie verbindliche Honoraruntergrenzen. Zur Stärkung der Infrastruktur – insbesondere im ländlichen Raum – setzen wir auf regionale Kompetenzzentren, die Sicherung von Proberäumen und Ateliers sowie Investitionen in Digitalisierung und Barrierefreiheit. Ergänzend wollen wir gezielt diverse, migrantische und queer-feministische Angebote fördern, damit kulturelle Bildung allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel offensteht.

Wie gehen Sie als Landesregierung damit um, dass in Kommunen die Angebote der kulturellen Bildung den Sparmaßnahmen wegen sinkender kommunaler Einnahmen zum Opfer fallen?

Damit Angebote der kulturellen Bildung nicht kommunalen Sparzwängen zum Opfer fallen, fordern wir, die Kulturförderung als gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen zu verankern. Nur so kann verhindert werden, dass sie bei knappen Kassen als „freiwillige Leistung“ zuerst gekürzt wird. Zudem streben wir eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch eine Gemeindewirtschaftsteuer an

2. Fachliche Weiterentwicklung

Wie wollen Sie von Landesseite die fachliche Weiterentwicklung in der außerschulischen kulturellen Bildung unterstützen? Welche Impulse und Unterstützung erhalten landesweite Strukturen der kulturellen Bildung hinsichtlich Themen wie Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen von Ihnen? (Umsetzung des neuen SBG VIII// SGB IX)

Weiterbildung ist Arbeitszeit. Das Land muss kostenfreie Fortbildungsprogramme für Haupt- und Ehrenamtliche finanzieren und den Verdienstausschlag bzw. Freistellungen für Ehrenamtliche (Bildungszeitgesetz) deutlich verbessern und unbürokratischer gestalten. Inklusion darf nicht unter Kostenvorbehalt stehen. Wir fordern ein Investitionsprogramm „Inklusive Bildung“, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und personell so auszustatten, dass alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen können.

Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um Einrichtungen, Träger und Initiativen der kulturellen Bildung bei Themen wie Digitalität oder KI zu unterstützen? Planen Sie das Projektbüro "jugend@bw" mit seinen Angeboten im Bereich Fortbildungen, Beratungen und Fachaustausch zur digitalen Arbeit fortzusetzen?

Wir fordern eine Digitalisierungsstrategie auf Open-Source-Basis. Wir setzen uns für eine Digital-Offensive für Bildung ein, die Mittel für Infrastruktur, Software und spezialisiertes Fachpersonal zur Verfügung stellt. Die Medienkompetenz muss in allen Bildungsbereichen, von der Kita bis zur Erwachsenenbildung, zentral vermittelt und gefördert werden.

Wie wollen Sie dem Fachkräftemangel in der kulturellen Bildung begegnen?

Gute Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen sind das beste Mittel gegen den Personalmangel. Wir fordern eine Ausbildungsoffensive und die Abschaffung des Schulgelds für soziale Berufe. Zudem sollen Qualifikationen und Abschlüsse – auch aus dem Ausland – schneller und unbürokratischer anerkannt werden

Auch in der kulturellen Bildung ist es wichtig, dass die Mitarbeitenden zu rechtlichen und administrativen Abläufen informiert sind. Wie unterstützen Sie die Strukturen in den kommenden Jahren bei Themen wie: digitale Rechnungen/ elektronische Akten; Jugendschutz; Datenschutz? Wie unterstützen Sie landesweite Dach- und Fachverbände dabei ihre Mitgliedsstrukturen fortzubilden?

Wir fordern eine zentrale Service-Stelle des Landes, die rechtssichere Musterlösungen (z.B. für Datenschutz, e-Rechnung) und IT-Infrastruktur für gemeinnützige Träger kostenfrei zur Verfügung stellt.

3. Kooperation mit Schulen

Welche konkreten Schritte unternehmen Sie, um die Kooperationen zwischen außerschulischen Partner*innen und Schulen langfristig aufzustellen, im Rahmen des GaFöG, dem Ganztags insgesamt und unabhängig davon?

Wir wollen Kooperationsverträge auf Augenhöhe, die mehrjährig angelegt sind, um Planungssicherheit zu schaffen. Kulturelle Bildung muss fester Bestandteil des Ganztags-Budgets werden.

Wie stellen Sie sicher, dass die außerschulischen Angebote in der Medienpädagogik in den Schulen genutzt werden? - Wie wird die steigende Nachfrage in diesem Bereich finanziert?

Durch eine feste Verankerung im Bildungsplan und entsprechende Zeitbudgets für Lehrkräfte zur Koordination. Die Finanzierung muss über das Land gesichert sein, damit sie nicht vom Geldbeutel der Eltern oder des Schulträgers abhängt.

Orte der kulturellen Bildung sind außerschulische Bildungsorte: Wie stellen Sie sicher, dass diese Bildungsorte von Schulen kontinuierlich genutzt werden?

Wir setzen uns dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Lösungen suchen, um außerunterrichtliche Angebote der kulturellen Bildung, etwa in Form von Ganztagsschul-AGs oder Projektwochen, zu realisieren. Auf Bundesebene haben wir uns bereits für die Entfristung und finanzielle Aufstockung von Programmen wie „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ eingesetzt.

Wie können Fachkräfte der kulturellen Bildung zukünftig im Ganztag eingebunden sein? Welche Weichen stellen Sie auf Landesebene, um entsprechende berufliche Erfahrungen angemessen zu berücksichtigen?

Wir lehnen Honorarverträge ab, die Scheinselbstständigkeit fördern. Fachkräfte der kulturellen Bildung im Ganztag sollten fest angestellt oder über Honorare vergütet werden, die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen (inkl. Vor- und Nachbereitungszeit) entsprechen.

Welche Weichen stellen Sie auf Landesebene, um angemessene Bezahlung, zu ermöglichen?

Angemessene Bezahlung für kulturelle Fachkräfte ist eine Voraussetzung für gute kulturelle Bildung und darf kein Randthema bleiben. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass Förderprogramme und Zuwendungen so ausgestaltet werden, dass faire Honorare und tarifierorientierte Bezahlung verbindlich eingeplant werden können.

Konkret heißt das: Wir wollen verbindliche Honoraruntergrenzen und die Anerkennung von Vor- und Nachbereitungszeiten in der Kultur- und Jugendbildung. Landesmittel müssen auskömmlich bemessen sein und steigende Lebenshaltungskosten berücksichtigen. Zudem braucht es mehrjährige Förderungen statt kurzfristiger Projektfinanzierung, um Planungssicherheit zu schaffen und prekäre Beschäftigung zurückzudrängen. Gute kulturelle Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen – dafür müssen auf Landesebene die finanziellen und strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Welche Rolle sollen außerschulische Akteur*innen der kulturellen Bildung bei der Entwicklung von Ganztagsschulen spielen? Wie sollen sie bei der Entwicklung von Konzepten inhaltlich eingebunden werden? Wie sollen sie für ihre (konzeptionelle) Mitwirkung vergütet werden?

Außerschulische Akteurinnen der kulturellen Bildung sind zentral für die Entwicklung guter Ganztagsschulen. Sie erweitern schulische Bildung um kreative, lebensweltnahe und ganzheitliche Perspektiven und sollten daher als gleichberechtigte Partnerinnen eingebunden werden.

Wir wollen, dass sie frühzeitig und verbindlich an der Konzeptentwicklung beteiligt sind – mit festen Beteiligungsstrukturen und ausreichenden Zeiträumen für gemeinsame Planung. Ihre konzeptionelle und pädagogische Arbeit muss fair vergütet werden, einschließlich Vor- und Nachbereitung. Dafür braucht es klare Honorarstandards und langfristige Kooperationen statt kurzfristiger Projektverträge.

4. Frühe kulturelle Bildung

Wie soll kulturelle Bildung in der frühen Bildung verankert sein? Welche Rolle spielen hier die Träger der kulturellen Bildung wie Musikschulen, Jugendkunstschulen, Jugendzirkusse, Jugendbibliotheken und Vereine? Wie soll sich ästhetische frühe Bildung zukünftig in der Aus- und Fortbildung von Kita-Personal verankert sein?

Kulturelle Bildung muss als Pflichtbestandteil der Lehrkräftebildung sowie in der Ausbildung von Erzieher*innen verankert werden. Wir wollen, dass Kindertageseinrichtungen von Anfang an Orte des gemeinsamen Lernens und der ästhetischen Erfahrung sind, wobei Träger wie Musik- oder Jugendkunstschohlen strukturell eingebunden werden.

5. Freiwilliges Engagement in der Kultur

Wie wollen Sie das freiwillige Engagement von jungen Menschen in Kunst und Kultur in Baden-Württemberg weiterhin stärken?

Engagement darf kein Luxus sein. Wir fordern ein kostenfreies ÖPNV-Ticket für alle Freiwilligendienstleistenden in ganz Baden-Württemberg und eine deutliche Erhöhung des Taschengeldes.

Welche Rolle spielt dabei das FSJ Kultur für Sie? Wie wollen Sie das FSJ Kultur in Baden-Württemberg weiterentwickeln?

Es spielt eine zentrale Rolle. Wir wollen die Plätze im FSJ Kultur ausbauen und sicherstellen, dass die Einsatzstellen (die oft finanziell klamm sind) bei den Sozialversicherungsbeiträgen stärker entlastet werden. Das FSJ muss voll auf Wartezeiten für Studienplätze und Rentenzeiten angerechnet werden.

Mit „deluxe - Lange Nacht der Jugendkultur Baden Württemberg“ macht die LKJ Baden-Württemberg Jugendkultur und kulturell engagierte junge Menschen sichtbar. Wie unterstützen Sie Jugendkultur und kulturelle engagierte junge Menschen?

Wir unterstützen Jugendkultur, indem wir uns für verlässliche Förderstrukturen einsetzen, die jungen Menschen eigenständige Projekte ermöglichen – niedrigschwellig, unbürokratisch und unabhängig von sozialer Herkunft. Dazu gehören frei zugängliche Kultur- und Proberäume, faire Honorare, professionelle Begleitung sowie Schutz- und Freiräume für selbstorganisierte Jugendkultur. Wichtig ist zudem, junge Menschen aktiv in kulturpolitische Entscheidungen einzubeziehen und ihnen echte Gestaltungsmacht zu geben. Jugendkultur darf nicht instrumentalisiert werden, sondern braucht Vertrauen und langfristige Unterstützung.

6. Verbandliche Arbeit

Welche Bedeutung haben Verbände der kulturellen Jugendbildung für Sie? Wie wollen Sie die Arbeit dieser Verbände in Zukunft unterstützen?

Verbände der kulturellen Jugendbildung leisten einen zentralen Beitrag zu einer demokratischen, solidarischen und vielfältigen Gesellschaft. Sie ermöglichen jungen Menschen kreative Selbstentfaltung, kulturelle Teilhabe und kritisches Denken – insbesondere auch für jene, die im formalen Bildungssystem benachteiligt sind. Damit stärken sie Selbstwirksamkeit, Demokratiekompetenz und sozialen Zusammenhalt.

Aus linker Perspektive ist kulturelle Jugendbildung ein unverzichtbarer Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir diese Verbände künftig verlässlich unterstützen: durch langfristige und auskömmliche Finanzierung statt Projektunsicherheit, gute Arbeitsbedingungen sowie stärkere Anerkennung neben Schule und anderen Bildungsbereichen. Besondere Schwerpunkte sind der Ausbau im ländlichen Raum, Inklusion, Barrierefreiheit und echte Beteiligung junger Menschen.

Welche Rolle spielen diese Verbände für eine demokratische Gesellschaft? Wie sollen die Verbände dieser Rolle in Zukunft gerecht werden? Wie wollen Sie Verbände und deren Vertreter*innen, die nach demokratischen Prinzipien und für die demokratischen Rechte arbeiten, vor Anfeindungen und Hetze schützen?

Wir fordern ein Demokratiefördergesetz, um zivilgesellschaftliche Verbände und Initiativen, die sich für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus engagieren, langfristig finanziell abzusichern. Diese Strukturen

dürfen nicht länger von befristeter Projektförderung abhängig sein. Zum Schutz vor Anfeindungen und Hetze muss die staatliche Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt ausgebaut werden.

7. Kinder- und Jugendbeteiligung

Welchen Stellenwert hat Kinder- und Jugendbeteiligung für Ihre Partei?

Die Linke misst der Beteiligung junger Menschen einen sehr hohen Stellenwert bei. Wir fordern die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre bei allen Wahlen. In den Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend durch Jugendparlamente oder Kinderräte an Entscheidungen beteiligt werden.

Wie wollen Sie die Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg weiter ausbauen?

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitbestimmung, das in Baden-Württemberg verbindlich gestärkt werden muss. Wir wollen bestehende Beteiligungsstrukturen ausbauen und neue, niedrigschwellige und inklusive Formate schaffen, die echte Einflussmöglichkeiten bieten.

Dazu gehören die Stärkung von Jugendgemeinderäten, Jugendforen und landesweiten Beteiligungsgremien durch verlässliche Finanzierung, professionelle Begleitung und klare Mitwirkungsrechte. Besonders wichtig ist es, auch bislang wenig beteiligte junge Menschen zu erreichen, etwa im ländlichen Raum oder in benachteiligten Lebenslagen. Digitale Beteiligung soll ergänzen, nicht ersetzen. Ziel ist eine Beteiligungskultur, in der junge Menschen erleben, dass ihre Stimme zählt.

8. Prävention und Schutzkonzepte

In der Jugendarbeit sind Schutzkonzepte zur Prävention von (sexualisierter) Gewalt inzwischen vorgeschrieben. Welche weiteren Handlungsbedarfe sehen Sie im Bildungsbereich und im Bereich der Kulturellen Bildung, um den Schutz von jungen Menschen vor (sexualisierter) Gewalt zu gewährleisten?

Wir fordern die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention. Schutz- und Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt müssen flächendeckend in allen Bildungseinrichtungen und Sportvereinen implementiert und durch fortlaufende Schulungen des Personals sowie ein stabiles Netz von Beratungsstellen unterstützt werden.

Haben Sie vor Projekte wie "KiSchu BW" fortzuführen? Wie wollen Sie Einrichtungen und Initiativen der kulturellen Bildung bei der Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten unterstützen?

Wir werden Projekte wie "KiSchu BW" fortführen und ausbauen. Wichtig ist uns, dass auch die Umsetzung (z.B. Kosten für Führungszeugnisse, Fortbildungen, externe Beratungsstellen bei Verdachtsfällen) refinanziert wird, damit Kinderschutz nicht am Geld scheitert.